

Keine Wahl außer Kämpfen

Über mangelnde Auswahl kann man sich eigentlich nicht beklagen: 34 Parteien stehen am 22. September auf den Stimmzetteln für den Bundestag. Und trotzdem... Trotzdem hat man völlig zu recht das Gefühl, dass man nicht wirklich eine Wahl hat: Die neue Regierung wird im Wesentlichen die Politik aller letzten Jahre fortsetzen – egal ob schwarz-gelb, schwarz-rot, rot-grün oder noch andere Farbenspiele.

Wie kommt das? Weshalb machen alle Politikerinnen und Politiker dasselbe, sobald sie an der Macht sind, selbst wenn sie vorher im Wahlkampf krampfhaft versuchen, sich voneinander zu unterscheiden?

Der Grund ist nicht nur, dass die Spitzen der großen Parteien – und alle wissen, dass nur diese die Möglichkeit haben, die Regierung zu bilden – zu ein und derselben Schicht von Privilegierten gehören und mit den Reichen in Deutschland viel mehr gemeinsam haben als mit der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler.

Der Hauptgrund liegt woanders, nämlich darin, dass die „Demokratie“ unter kapitalistischen Bedingungen eine Herrschaft der Bevölkerung nur vorgaukelt. In Wahrheit liegt die politische Macht nicht bei den Wahlberechtigten, die alle vier Jahre ein paar Kreuze machen dürfen. Die wirkliche Macht haben diejenigen, die jeden Tag die Politik beeinflussen und ihre Interessen durchsetzen können: die Chefs und Besitzer_innen der großen Konzerne und Banken. Die politische Macht ist nur ein Anhängsel der wirtschaftlichen Macht, die im Kapitalismus einer winzigen Minderheit von Großaktionär_innen und dem von ihnen beauftragten Management gehört.

Alle Probleme und Sorgen der Bevölkerung könnten gelöst werden angesichts des gigantischen Reichtums, den wir durch moderne Technik in der Lage sind zu produzieren. Nicht nur in Deutschland, sondern sogar weltweit steigt der

durchschnittliche Reichtum pro Kopf von Jahr zu Jahr. Doch wenn irgendeine Regierung auf die Idee käme, dafür zu sorgen, dass dieser Reichtum der Bevölkerung zu Gute kommt, also denjenigen, die ihn tag für tag erarbeiten... dann würden die Konzerne ganz schnell klar machen, wer hier das Sagen hat. Wir alle wissen, dass die Demokratie am Werkstor oder am Eingang des Bürogebäudes aufhört. „Diese Politik gefährdet Arbeitsplätze!“ ist das Standardargument, denn das Kapital kann frei schalten und walten und dorthin ziehen, wo ihm die profitabelsten Bedingungen geboten werden – also dorthin, wo möglichst viel von dem geschaffenen Reichtum in die Kassen der Konzerne fließt und möglichst wenig bei der arbeitenden Bevölkerung ankommt.

Um diese Erpressung reibungslos durchzuziehen, haben die Reichen und Mächtigen vielfältige Mittel entwickelt: Heerschaaren von Lobbyist_innen (viel zahlreicher als die gewählten Abgeordneten) sorgen dafür, dass Wünsche und Interessen von Industrie und Banken jederzeit präsent sind, direkte und indirekte Bestechung von Entscheidungsträger_innen können im Einzelfall nachhelfen. Und die Medien, die auch im Besitz von Großkonzernen sind, erklären die „Sachzwänge“ dann der Bevölkerung, so dass die betriebene Politik als alternativlos überkommt.

Um stattdessen eine Politik durchzusetzen, die unseren Interessen entspricht, die ein gutes Einkommen für alle sichert und die Arbeitsbelastung reduziert, muss die wirtschaftliche Macht der Großkonzerne in Frage gestellt werden. Dafür reicht kein Kreuz auf dem Wahlzettel, sondern die Gesellschaft muss umgekrempelt werden. Anders als es die Linkspartei auf einem ihrer Wahlplakate verspricht, ist sehr wohl eine Revolution nötig, die die geballte Wirtschaftsmacht dem Privatkapital entreißt und damit erst die Grundlagen für eine wirkliche Demokratie schafft.



Der Wahlkampf besticht durch starke Persönlichkeiten

Am Wahltag können wir leider nicht über die zukünftige Politik entscheiden. Diejenigen, die das Wahlrecht haben (und davon sind auch noch viele Migrant_innen ausgeschlossen, obwohl sie hier leben und arbeiten!), können nur zum Ausdruck bringen, welche der antretenden Parteien das sympathischste Programm vertritt. Wir können also allenfalls den Merkels, Steinbrücks und anderen bürgerlichen Parteien, genauso wie den rechten Parteien, die auf nationalistische Hetze setzen und geschworene Feinde der Arbeiter_innen-Bewegung sind, zeigen, dass wir unser Kreuz jedenfalls nicht bei ihnen machen! Für alles Andere müssen wir selbst uns stark machen, durch massive Streiks und Proteste. Nur dadurch, nicht durch Wahlen, werden wir dringend nötige Verbesserungen erreichen.

Öko-Produktion statt Raubbau

Durch den Klimawandel wird das Wetter extremer und unvorhersehbarer - mit verheerenden Folgen für Mensch und Umwelt. Die dadurch steigenden Energie- und Nahrungsmittelkosten werden vor allem zum Problem der armen Bevölkerung.

Wir brauchen jedoch weit mehr als eine „Energiewende“ wie sie die Bundesregierung vorschlägt. Denn diese bedeutet vor allem, dass die Kosten der Bevölkerung aufgebürdet werden, während die Energieriesen weiterhin Milliarden einfahren. Gleichzeitig fördert der Staat zentrale Bauprojekte (z.B. riesige Windparks vor den Küsten), mit denen die Konzerne die Kontrolle über die Energie behalten.

Um den Klimawandel zu bekämpfen brauchen wir heute eine ökologische Produktionsweise und eine komplette Umstellung der Stromversorgung unter der Kontrolle der Bevölkerung. Die Umstellung auf erneuerbare Energien muss von den Konzernen bezahlt werden. Doch die eigentlichen Ursachen des Klimawandels sind Andere: Der Profit verlangt ständigen Verbrauch, die Konkurrenz bedeutet ständige Verschwendung. Sie können nur von uns bekämpft werden.

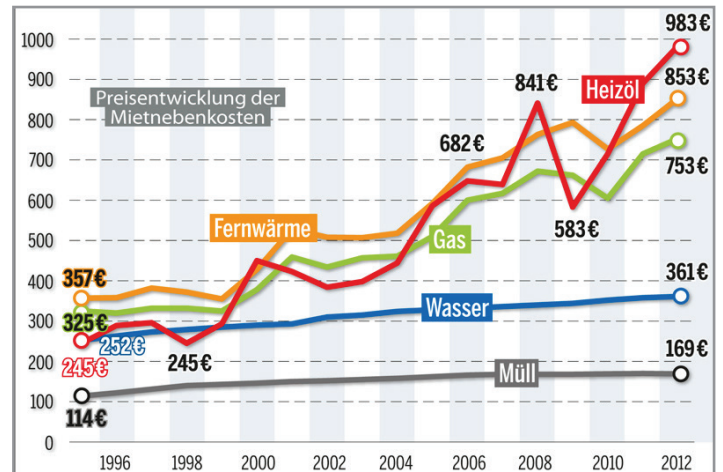
Wohnraum dringend gesucht

Die Realität, welche einem auf dem Wohnungsmarkt entgegenschlägt, treibt einem fast die Tränen in die Augen. Die sechs Berliner Wohnungsbaugenossenschaften könnten mit ihren 280.000 Wohnungen zwar so etwas wie ein Ausgleich gegen krasse Mietsteigerungen sein, aber sie haben in den vergangenen zehn Jahren den sozialen Wohnungsbau fast eingestellt. Die 8.500 Neubauwohnungen, die sie in den nächsten vier Jahren planen, sind viel zu wenig.

So sieht es überall in Deutschland aus. Derzeit fehlen nach Angaben des Deutschen Mieterbunds insgesamt 250.000 Mietwohnungen. Die Lage am Mietmarkt spitzt sich eben deshalb zu, weil der Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen deutlich zurückging und somit privaten Immobiliengesellschaften Tür und Tor für die Profitmaximierung geöffnet wurde. Der Vergleich zeigt, dass von 2002 bis 2010 über 1/3 des damals noch öffentlichen Wohnraums privatisiert wurde.

Die halbherzigen Versuche der Regierung, den Mietpreisanstieg zu dämpfen sind keine Hilfe. Zwar dürfen bestehende Mieten dank Gesetzesänderung nur um 15 % in drei Jahren steigen – aber das Gesetz wird nicht durchgesetzt und Neuvermietungen sind von dieser Begrenzung nicht betroffen. Die hohen Neumieten von heute sind die Vergleichsmieten von morgen, die dann alle zahlen müssen. Besonders betroffen sind junge Familien und Student_innen. Viele haben durch die rapide steigenden Studierenden-Zahlen das Problem, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Aktuell fehlen 25.000 öffentlich geförderte Plätze in Student_innen-Wohnheimen.

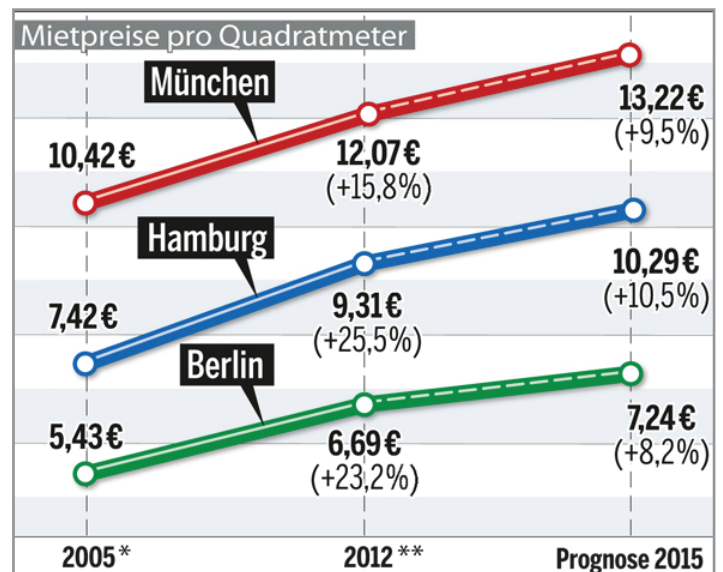
Gegen diese Zustände regt sich immer mehr Widerstand. Die Mieter_innen-Gemeinschaft „Kotti und Co.“ wehrt sich schon seit Mai 2012 am Kottbusser Tor gegen steigende Mieten, Verdrängung und Zwangsräumungen. Sie fordern ganz zu Recht: „Mieten runter, Löhne rauf!“. Denn wir haben ein Recht hier zu wohnen und zu leben – die Stadt lebt durch uns.



Heiztreibt die Preisenachoben

Die Grafik zeigt die Entwicklung der Mietnebenkosten für eine 70-qm-Wohnung seit 1996: Heizöl hat sich fast vervierfacht, Fernwärme ist dreimal so teuer. Auch die Abgaben für Müll und Wasser steigen.

Quelle: DEUTSCHER MIETERBUND



Quelle: *F+B MIETENBAROMETER; 65 QM WOHNUNG; BAUJAHR VOR 2008, NORMALE AUSSTATTUNG, PREISE FÜR NEUVERMIETUNG
**FERI EURORATING; DURCHSCHNITTSPREIS FÜR ALT- UND NEUBAU

So steigen die Mieten in Deutschlands größten Städten

Wer in München eine Wohnung sucht, muss im Schnitt 12,07 Euro pro Quadratmeter (kalt) bei der Neuvermietung zahlen. 2005 waren es 10,42 Euro. Den größten Anstieg seit 2005 gab es in Hamburg. Dort verteuerte sich der Quadratmeter von 7,42 Euro auf 9,31 Euro (+ 25,5%). In Berlin werden derzeit 6,69 Euro verlangt (2005: 5,43 Euro).

Arbeit, Arbeit, nichts als Arbeit?

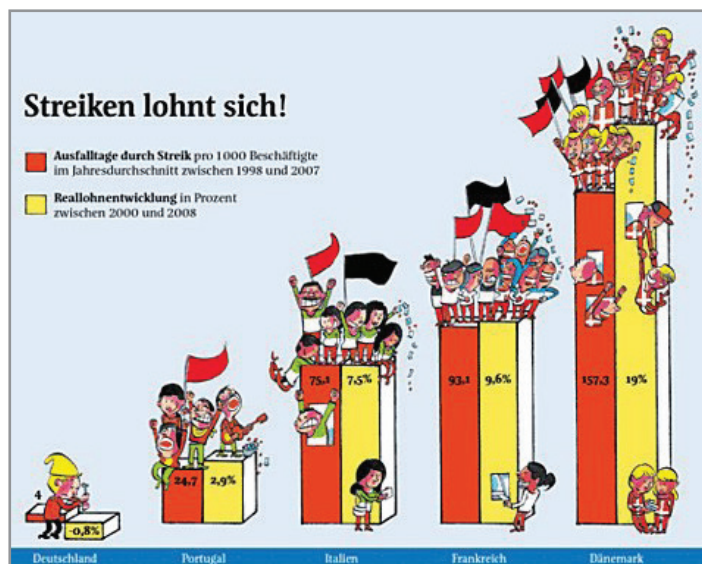
Die Politiker_innen vor allem von CDU und SPD behaupten, das Thema „Arbeit“ läge ihnen am Herzen. Sogar ein „Mindestlohn“ ist bei vielen Parteien Konsens – außer bei der FDP.

Doch ihre vergangene Regierungspraxis straft sie Lügen. Seit den Reformen der Agenda 2010 nehmen Befristungen, Teilzeit, flexible Arbeitszeiten und Leiharbeit zu. Erst kürzlich weiteten CDU/FDP die Minijobs aus. Längst arbeitet ein Viertel aller Beschäftigten für einen Niedriglohn von weniger als 9,14 €. 1,3 Mio. Menschen gehen arbeiten und kriegen trotzdem Hartz IV... Tendenz steigend. Weder die Löhne noch die Sozialleistungen halten mit den steigenden Preisen mit. Selbst mit Uniabschluss wird es schwerer, einen festen gut bezahlten Job zu finden. Was das für die Renten später bedeutet, kann man sich leicht vorstellen. Mindestens 10 € die Stunde sind nötig, um später bei der Rente überhaupt auf Sozialhilfeniveau zu kommen. Kein Arbeitsplatz ist sicher. Immer wieder kündigen Unternehmen Stellenstreichungen an, selbst wenn sie Gewinne machen, wie derzeit bei Osram, Siemens und Thyssen Krupp. Unter diesen Drohungen nutzen die Konzerne alle Möglichkeiten, um in einem Betrieb nach dem anderen die Löhne zu drücken. Gegen diese Drohungen und gegen jede Form von Stellenabbau brauchen wir eine gemeinsame Antwort: ein Verbot von Entlassungen.

Aber davon hört man bei den Politiker_innen selbstverständlich nichts; auch nichts von einem Verbot von Leiharbeit und Befristungen oder massiven Lohnerhöhungen. Sie wollen ja nicht ihre Freund_innen in den Konzernen beunruhigen.

Stattdessen gaukelt uns Merkel vor, es liefe alles gut und es müsse nur „so weitergehen“. Doch damit meint sie, dass es mit Rekordgewinnen der Konzerne weiter gehen soll. Sie wirbt mit „Gute Arbeit“. Aber „Gute Arbeit“ ist für sie, wenn die Unternehmen möglichst hohe Profite aus den Arbeitenden rausholen. Dabei hat Merkels CDU den Vorteil, dass vor ihr schon SPD/Grüne die Agenda 2010 durchgesetzt haben und die Gewerkschaftsspitzen die Spielregeln akzeptierten. Die CDU kann im Wesentlichen zusehen, wie sich die Dinge gut für die Konzerne entwickeln und die Arbeitsbedingungen verschlechtern. Die SPD ist derweil so dreist, sich im Wahlkampf ausgerechnet mit der Agenda 2010 zu schmücken und verspricht gleichzeitig kleine Verbesserungen wie 8,50 € Mindestlohn. Doch das ist viel zu wenig und sicher kein „fairer Lohn“. 2007, als die SPD mit der CDU in der Regierung war, stimmte sie sogar noch gegen einen gesetzlichen Mindestlohn. Daran kann man gut erkennen, dass sich die sogenannten etablierten demokratischen Parteien in fast nichts voneinander unterscheiden.

Doch statt abwarten, was die Wahlen uns nicht bringen werden, sind die angestellten Lehrer_innen, die Beschäftigten von H&M, Thalia und anderswo im Einzelhandel, bei Amazon oder auch die Arbeiter_innen der Binnenschifffahrt für höhere Löhne und gegen Stellenabbau in den Streik getreten. Streiken ist das einzige Mittel, um endlich unsere Interessen durchzusetzen und die Abwärtsspirale bei den Arbeitsbedingungen zu beenden.



Wer nicht kämpft, hat schon verloren

Wo ist das ganze Geld geblieben?

Fast alle der 30 im Deutschen Aktienindex (Dax) notierten Unternehmen haben allein 2012 Milliarden-Gewinne eingefahren. Sieben von ihnen fuhren sogar das beste Ergebnis ihrer Geschichte ein: darunter VW, BMW, Lanxess und Henkel.

Nicht nur in den Kassen der Konzerne hat es kräftig geklingelt. Auch viele der Vorstandschefs konnten sich über mehr Geld freuen. Die Vergütung des Allianz-Vorstandes stieg um fast ein Drittel, die des Merck-Vorstandes um 31 Prozent und Johannes Teyssen, Chef bei E.On, erhielt 29 Prozent mehr Vergütung.



Profit: Das Leiden Europas

Seit vier Jahren steckt die Eurozone in einer schweren Wirtschaftskrise. Den Arbeiter_innen hier soll weisgemacht werden, dass sie noch ganz gut davongekommen sind. Dabei bleiben radikale Kürzungen vor allem deshalb aus, weil sie hier schon vor der Krise durchgeführt wurden, durch fallende Löhne und Hartz IV.

Doch es kann immer schlimmer kommen, wie am Beispiel Südeuropa gut zu sehen ist: Allein in Griechenland ist inzwischen ein Drittel der Bevölkerung arbeitslos und die Löhne sind seit 2010 um mehr als 10 Prozent gefallen – Nahrungsmittel sind für viele kaum noch bezahlbar. Das Arbeitsrecht wurde massiv eingeschränkt oder ganz ausgehebelt – teils wurden Streikverbote mit dem Militär durchgesetzt. Und wer in Griechenland ins Krankenhaus geht, muss seine eigene Medizin mitbringen.

Diese Verelendung in Griechenland erfolgt unter der Erpressung durch die Troika (EU, Internationaler Währungsfonds, Europäische Zentralbank): Wird nicht gekürzt, bleiben die Gelder aus. Aber nur ein Bruchteil davon geht wirklich in griechische Staatskassen. Von 188 Milliarden Euro, die bisher als Kredite „an Griechenland“ gingen, kamen nur 5 Milliarden dort an; der Rest landete bei Banken und Konzernen. Vor allem Deutschland übt als Kreditgeber Druck aus, um die Eurozone nach Konzern-Interessen umzugestalten: Ein brutaler Niedriglohnsektor und die Zerstörung des sozialen Lebens für sprudelnde Profite.

Die Situation im Rest von Europa ist wiederum ein Druckmittel gegenüber den Arbeiter_innen hier, um Löhne zu kürzen und Sozialleistungen zu streichen. Die verarmte Bevölkerung Europas wird zur Konkurrenz gemacht, die uns zu noch schnellerer und billigerer Arbeit antreiben soll. Die Konkurrenz soll unsere gemeinsamen Interessen verdecken.

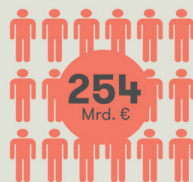
Hier wie im restlichen Europa sollen die Arbeiter_innen ihr Leben den Profitinteressen opfern, sollen für eine Krise zahlen, die sie nicht zu verantworten haben. Hier wie dort ist es richtig, sich gegen alle Spardiktate zu wehren. Wir haben gemeinsame Interessen mit allen Arbeiter_innen in Europa und wir müssen denselben Feind bekämpfen: die europäischen, allen voran die deutschen, Konzerne.



Seit 2009 hat sich die Zahl der Obdachlosen in Griechenland verdoppelt (davon 25% allein im letzten Jahr!)

Schulden- oder Vermögenskrise?

wir sind Wandel
Nationalrat 2013



Vermögen der
reichsten 16 Europäer



Budgetdefizit von
Griechenland, Irland,
Italien,
Portugal und Spanien

Mehr als nur Minimum

Einen gesetzlichen Mindestlohn, der für alle Jobs gilt, gibt es in Deutschland nicht. Die CDU will daran nichts ändern. Sie ist zwar für einen Mindestlohn, der in einer Kommission für bestimmte Branchen und Regionen festgelegt wird. Doch das lässt die Chefetagen ruhig schlafen. Ein Lohn wie bei den Vorständen der DAX-Konzerne wird sicher nicht für uns raus springen.

In 13 Branchen gibt es längst tarifliche Mindestlöhne zwischen 7 € und 13,70 €, die die Unternehmen und Gewerkschaften ausgehandelt haben und von der Regierung festgesetzt wurden. Doch kaum sind die Paragraphen geschrieben, nutzen Unternehmen Schlupflöcher. In der Altenpflege werden aus Pfleger_innen „Betreuer_innen“ gemacht, um nicht 8,50 € zu zahlen. Die 7,50 € Mindestlohn für Leiharbeit werden ausgehebelt durch Fremdvergabe und Werkverträge. Beim Wachschutz haben die Unternehmen gerade den Mindestlohn-Tarifvertrag ganz gekündigt, um sich davon zu stellen.

Von diesem Katz-und-Maus-Spiel haben wir wirklich genug. Es ist Zeit, den Unternehmen unsere Spielregeln aufzuzwingen, statt weiterhin am Verhandlungstisch auf das nicht vorhandene Gewissen der Vorstände zu setzen: 1.500 € netto für alle... mindestens!

Wer wir sind

Revolutionär Sozialistische Organisation

www.sozialismus.net

Sozialistische Arbeiterstimme

www.sozialistische-arbeiterstimme.org

Sozialistische
Arbeiterstimme
www.sozialistische-arbeiterstimme.org

rsO

Gesundheit: das einzig Wa(h)re

In den letzten 20 Jahren gab es in Deutschland große Privatisierungswellen, sodass inzwischen mehr als 30 Prozent der Krankenhäuser Privateigentum sind. Krankenhäuser stehen heutzutage in Konkurrenz zueinander. Durchgesetzt wird diese unter anderem durch Fallpauschalen. Hier werden Behandlungen nach Kosten eingestuft und so kommt es eben, dass das Einsetzen eines Hüftgelenks gewinnbringender ist, als eine langfristige Behandlung mittels Physiotherapie.

Seit der Einführung der Fallpauschalen gilt zudem Folgendes: Die Krankenhäuser wollen die Patient_innen nach einer Operation schnell wieder loswerden, die Bedürfnisse der Menschen geraten somit in den Hintergrund. So lagen Patient_innen vor zehn Jahren bei einem Herzinfarkt drei Wochen im Krankenhaus, nun sind es gerade einmal fünf Tage. Zudem beklagen immer mehr Ärztinnen und Ärzte unter wirtschaftlichem Druck durch das Krankenhausmanagement zu stehen. So werden eben häufig OP's angeordnet, die unnötig sind, aber Gewinn bringen. Auch wenn alle Parteien im Wahlkampf das Problem der Zwei-Klassen-Medizin anprangern: An die Gewinne der Pharmaindustrie wollen sie dennoch nicht ran. Allein im letzten Jahr erwirtschafteten die zehn größten Pharmaunternehmen der Welt 359 Milliarden Euro. Solange Gesundheit nichts weiter als eine Ware ist und Pharmakonzerne und private Klinikbetreiber Gewinne mit Patient_innen und Angestellten einfahren, werden die besten Gesetze nichts an diesen Umständen ändern.

Es sind hauptsächlich die Arbeits- und Lebensbedingungen in diesem Gesellschaftssystem, die uns krank machen. Haben die Unternehmen, für die wir arbeiten, uns dann genügend Lebenssaft ausgesaugt, kommen gleich die nächsten Blutsauger in Form von Pharmakonzernen und privaten Klinikbetreibern und greifen sich das Letzte von uns ab.

Bildung statt Zurichtung!

Seit der PISA-Studie 2001 weiß man, wie schlecht es um die deutsche Bildung steht. Auch zwölf Jahre danach fehlen vom Kleinkind- bis ins Erwachsenenalter Kita-, Ausbildungs- und Studienplätze.

Quer durch alle Schulformen kommen in Deutschland durchschnittlich 16 Schüler_innen auf eine Lehrkraft, womit Deutschland zu den europäischen Schlusslichtern gehört (in so unterschiedlichen Ländern wie Norwegen, Litauen oder Portugal sind es 8-10 Schüler_innen). Das führt zu überfüllten Klassen mit oft 32 Kindern und zu überarbeiteten Lehrer_innen.

Ein Studium bleibt weiterhin für Kinder aus Arbeiter- und Migrant_innenfamilien eine Seltenheit und kann meist nur geschafft werden, indem Jugendliche zusätzlich Jobs annehmen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Was wir benötigen, sind genügend und bedarfsgerechte Kita-, Ausbildungs- und Studienplätze sowie 300 Euro mehr für alle Bafög-Empfänger. Laut Berechnungen der GEW müssten über 50 Mrd. jährlich investiert werden, um eine gute Bildung für alle zu sichern.

In Berlin haben die angestellten Lehrkräfte im letzten Jahr mehrfach gestreikt – die beste Wahl, um Veränderungen durchzusetzen!



Veranstaltungen zur Wahl

Was wählen, wenn nichts zur Wahl steht?

Wozu das Wahl-Theater, wenn es kaum jemand ernst nimmt? Wen und wozu überhaupt wählen? Haben Parteien und das Parlament ausgedient - oder können sie unseren Kämpfen helfen? Was nützt wählen - und wem?

Wir wollen diskutieren, was wir von Wahlen erwarten können und auch was nicht. Ob es uns hilft oder schadet und was sonst noch bleibt.

Donnerstag, 12.09., 17:30

Ort: Adalbertstraße 96

(beim Café Kotti über die Fußgängerbrücke gleich links. U-Bhf Kottbusser Tor)

Keine Wahl, außer Kämpfen

Die großen Parteien haben uns nichts als Phrasen auf die drängenden Fragen der Gesellschaft zu bieten. Welche Antworten müssen wir finden? Welche Perspektive und welche Forderungen brauchen wir?

Wie können wir unsere Arbeit und vor allem unser Leben besser und schöner gestalten? Wie erreichen wir diese Ziele? Lasst es uns gemeinsam diskutieren!

Donnerstag, 19.09., 18:30

Ort: Glaskasten, Prinzenallee 33

(Nähe U-Bahnhof Pankstraße)